

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 0,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto: Nr. 2385 „Sozialistischer Verlag z. B. m. v. B.“, Breslau. Fernsprechn.-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 24. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0,40 Mk., auswärts 0,60 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verzeichnisse und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Rechtsans: Die Millimeterzeile, 3-spaltig oder deren Raum im Text 2,- Mk.

## Der Weg des Kommunismus.

USP. und SPD. sind sich darüber praktisch einig: dem Sozialismus gehört die traumhaft ferne Zukunft; die Gegenwart gehört dem „Wiederaufbau“ — des Kapitalismus.

Wir Kommunisten sagen: jeder Tag, den das Proletariat das Kapital weiter leben läßt, zerstört weiter die Grundlagen aller Wirtschaft: die Arbeitsmittel und die Arbeiter.

Wir sagen: jede Handreichung für den Kapitalismus heute ist ein Schlag gegen alle Werktätigen heute und eine Zerstörung der Grundlagen der Zukunft der arbeitenden Menschheit.

Die Proletarier hungern, weil der Kapitalist die Betriebe stilllegt.

Die Proletarier hungern, weil der Großgrundbesitzer Ackerland in Brach- oder Weideland verwandelt.

Die Proletarier hungern, weil die Reichen die besten Lebensmittel kaufen können, die Arbeiter aber nicht.

Die Proletarier hungern, weil aus ihrer Arbeit Milliarden bezahlt werden müssen für die Zinsen der Krieganleihen und der anderen Staatsschulden.

Die Proletarier hungern, weil die deutschen und die Entente-Kapitalisten das rote Rußland nötigen, Krieg zu führen, statt daß es seine Landwirtschaft und Industrie aufbauen könnte.

Die Proletarier gehen in Lumpen, abgerissen, viele ohne Hemd, weil das Kapital keine Kleider und Hemden machen läßt, wenn sie nicht genügend Profit abwerfen.

Die Proletarier hausen in zerfallenden, dumpfen und engen Wohnungen, weil das Baukapital nicht baut, wenn nicht genügend Profit winkt, und weil die reichen Müßiggänger die großen Wohnungen besetzt halten.

Proletarierkinder sterben und verkrüppeln zu Hunderttausenden, weil die bürgerliche Republik kein Brot, kein Licht und keine Luft für sie hat.

Das ist das Werk der bürgerlichen Republik. Gestern und heute und wird es morgen sein.

O, die hungernden Proletarier machen ihr Sorge!

Sie hält Maschinengewehre und Handgranaten bereit, wenn die Verzweiflung sie zur Empörung treibt. Sie schlägt mit Reichswehr, Sipo und Orgeja die Zinsen der Staatsgläubiger, das heilige Recht der Unternehmer, den Arbeiter vor die Tür zu setzen und des Junkers Ackerland brach liegen zu lassen.

Sie hat den Richter, den Pfaffen, die Presse, die Schule, die Parlamente, um dem Proleten klar zu machen, daß er künftig 10 oder 12 Stunden arbeiten müsse, statt 8 Stunden.

Und sie hat ihre SPD- oder USP-Lakaien, die dem Arbeiter beweisen, daß er zu schwach ist, um mit der Handvoll kapitalistischer Schmarotzer fertig zu werden, und daß er heute hungern und seine Kinder dahinsiechen lassen muß, damit die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft wieder „gesund“, d. h. stark werde.

Wir Kommunisten sagen dagegen: Ihr müßt den Kapitalisten die Fabriken und den Großgrundbesitzern das Land aus der Hand nehmen, sonst werdet ihr vollends zu Grunde gehen.

Ihr müßt das so schnell als möglich tun; denn je länger ihr wartet, um so mehr werdet ihr selber zermürbt und Land und Fabriken verwüßt.

Ihr dürft nicht träumen vom Sozialismus in der ferneren Zukunft, sondern ihr müßt heute euch wappnen für diesen Kampf.

Ihr könnt siegen in diesem Kampf nur, wenn ihr eine Kampffront gegen die bürgerliche Staatsmacht und gegen die Unternehmermacht bildet.

Ihr könnt die Wirtschaft nur wiederaufbauen, den Hunger bannen, die Ausbeuter niederhalten, wenn ihr selber alle Staatsmacht in die Hand nehmt.

Der Kommunismus ist eine Frage nicht der ferneren Zukunft, sondern von heute und morgen.

Der Kommunismus ist der Kampf um Fleisch und Brot, um Stube und Küche, um Hemd und Rock, um die Fabriken und das Land, um das Leben eurer Kinder, um den Staat der Arbeitenden.

Der Kommunismus ist die einzige Rettungsmöglichkeit der Arbeiterklasse vor Elend und Untergang.

Anarchie des Kapitals oder Kommunismus so ist die Frage unerbittlich gestellt.

Die Lösung ist der Sieg über Parlament und alle Herrschaftsinstitutionen der Bourgeoisie.

### Stroßenbahnerstreik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Die Arbeiter der ausgedehnten Straßenbahnen des Industriebezirks sind am 17. Februar in den Streik getreten. Mit Ausnahme der Barmer Bergbahn und Solinger Kreisbahn ruht der Verkehr auf allen Straßenbahnen. Auch im besetzten Gebiet, am linken Niederrhein, ruht der Betrieb. Die britischen Behörden hatten hier erklären lassen, den Streik mit allen militärischen Mitteln verhindern zu wollen. Die Bewachungen sahen sich aber doch gezwungen, die Betriebe zu schließen, weil die Schaffner Fahrtscheine verkauft hatten, ohne dafür Geld anzunehmen. Am Sonntagabend haben nun in Essen sogenannte Einigungsverhandlungen stattgefunden, die resultatlos verliefen, wie das nicht anders möglich war, nachdem den nicht bis zum 19. Februar zurückgekehrten Arbeitern gekündigt worden war. Die unterhandelnden Gewerkschaftsführer hatten es wahrscheinlich nicht an Konzessionen fehlen lassen, aber auf den letzten Vorstoß der Unternehmer konnten sie doch nicht eingehen, denn sie wußten, die Arbeiter wären ihnen nicht mehr gefolgt. So kann es denn zu einem schweren, wirtschaftlich für Rheinland und Westfalen fürchterlich wirkenden langen Kampf kommen, bei dem einige der finanziell schwächeren Straßenbahn-Unternehmungen wohl zusammenbrechen können.

### Sowjetrußland gehört hinter Stacheldraht.

Aufbauend auf der vertraglichen Erweiterung des bisherigen tatsächlichen Verhältnisses zu Polen, gedenkt Frankreich neuer Vereinbarungen mit der Tschecho-Slowakei und Rumänien zu unterstützen, die folgendes betreffen sollen: Von tschechischer Seite die Zusage eines unbehinderten Transportweges für französische Munition über Prag nach Polen, von rumänischer Seite die strategische Unterstützung des polnischen rechten Flügels im Falle eines russischen Angriffes. Außenminister Sapieha, der mit dem Kriegsminister Sojanowski diese Woche nach Warschau zurückkehrt, begibt sich daher anschließend sogleich nach Bukarest. Auch mit dem tschechischen Minister Dr. Beneš hatte er durch französische Vermittlung mehrere Begegnungen in Paris. Die ganze von Frankreich vorsichtig unter Einschränkung eigener Verpflichtungen, aber dennoch weitgreifend betriebene Aktion erneuert den alten Plan Clemenceaus: Sowjetrußland gehört hinter Stacheldraht! Das Absichtswortliche Bündnisystem soll künftig zur Vervollständigung des genannten Zweckes ergänzt werden durch eine Konvention zwischen Polen und dem sogenannten baltischen Staatenbund. Hier freilich tritt die ungeklärte Willensfrage vorläufig noch einen Teil dazwischen.

### Nach der Wahlschlacht.

Noch liegt das endgültige Ergebnis der Preußenwahlen nicht vor, aber so weit es bekannt ist und es sich voraussichtlich läßt, befriedigt es so recht eigentlich keine der Parteien, weil sie — bürgerliche und sozialdemokratische — alles auf die eine Karte setzten. Sie haben den Wählern Versprechungen gemacht, die sie nicht erfüllen können. Selbst die beiden Parteien, die einen anderen Erfolg ihrer Wahlarbeit in der Stimmzunahme suchen können, die Deutsche Nationalen und die Sozialdemokraten, drücken noch schwere Sorgen. Ersteren genügt der Erfolg noch nicht und bei der Scheidemannpartei läßt die Unsicherheit der Koalitionsmehrheit zur Regierungsbildung nicht einmal die volle Freude über die katastrophale Niederlage der Crispiane und Hilferdinge aufkommen. Objektiv betrachtet, kann eigentlich nur uns Kommunisten das Ergebnis befriedigen, wenn es auch in unseren Reihen Enttäuschung, namentlich in bezug auf das Berliner Resultat, geben mag, so ist das zu verstehen, da sich noch nicht alle ganz frei gemacht haben von den verhassten Stimmzählern und außer Betracht lassen, daß zu Wahlerfolgen eine auf die Wahltechnik und -arbeit eingestellte Organisation Voraussetzung ist. Die Vereinigte Kommunistische Partei ist erst im Aufbau begriffen. Viele unserer Genossen sind noch nicht von der Notwendigkeit der parlamentarischen Aktion durchdrungen. Die parlamentarische Tätigkeit in dem Dienst unserer revolutionären Aufgaben als Teilaktion zu stellen, ist vielen ein geistig noch nicht voll erfahreter und verarbeiteter Begriff. Außerdem ist der Parlamentarismus während des Krieges von den Scheidemännern und nach der Revolution auch von den Crispianen bei den Proletariern so in Mißkredit gebracht worden, daß Tausende angeleitet der Wahl fernblieben. Ein präziser Ausbau unserer Organisation wäre zur Überwindung all dieser Widerstände notwendig gewesen, wie er eben in unserer ein halbes Jahr alten Partei noch nicht möglich war. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände und des Charakters unserer Partei als Tochter der bürgerlichen Gesellschaft, die Milläner und sympathisierende Wähler infolge der systematischen Verleumdungen und Verhöhnungen durch alle und namentlich durch die sogenannten sozialdemokratischen Parteien, nicht in großer Zahl erwarten kann, darf unser Wahlergebnis uns vorläufig befriedigen. Wir müssen nun erst durch unsere parlamentarischen und außerparlamentarischen Taten dem Proletariat das Vertrauen abringen und so mehr in den Mann des Kommunismus ziehen. Wir wollen nicht Milläner und können sie nicht wollen, sondern wir brauchen Kämpfer, die bereit sind, sich in den Dienst der Revolution zu stellen und im gegebenen Augenblick ihren Mann zu stehen.

Die Vereinigte Kommunistische Partei konnte und kann auch den Wählern nichts versprechen und sie so fördern, sondern sie muß den ganzen Mann und die ganze Frau als revolutionäre, zu jedem Opfer bereite Kämpfer gewinnen, nicht nur die Stimme. Der Wahlkampf ist uns kein Stimmengang und keine Jagd nach Mandaten, sondern er soll uns, wie der Parlamentarismus überhaupt, nur Mittel zu dem Zweck, zielbewusstes Vorwärtstreiben der Revolution sein.

Darum kann für uns Kommunisten das Wahlergebnis keine Enttäuschung, sondern es muß vielmehr ein weiterer Ansporn sein, das revolutionäre Proletariat zusammenzufassen und zu schulen zu einer revolutionären Kampffront, die sich so rüsten muß für den Endkampf des Proletariats mit der bürgerlichen Gesellschaft, daß er nur mit dem Siege und der Diktatur des Proletariats zum Abschluß kommen kann.

Einige Resultate aus Wahlbetrachtungen der führenden Parteiorgane mögen hier Erwähnung finden:

Die „Freiheit“ überschrieb ihren Sammetartikel am Dienstag „Das Verbrechen“ und sagt einleitend:

„Je vollständiger das Ergebnis der Preußenwahl wird, desto deutlicher ist zu erkennen, welches Verbrechen mit der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie an der ganzen deutschen Arbeiterklasse begangen worden ist.“

Zu weiteren Verlautbarungen wird der „Rote Fahnen“ gegenüber in echt spießbürgerlicher Weise gesagt, daß Parlamentswahlen nicht revolutionäre Aktionen seien, die mit Straßenkämpfen, Abschneiden von Maschinengewehren, Werfen von Handgranaten und ähnlichen Dingen verglichen werden könnten, dann heißt es weiter:

„Über jedes Wahlergebnis zeigt den politischen Reifezustand der Gesellschaft, ist im Verlauf der sozialen Revolution ein Gradmesser für die Reife der Arbeiterklasse.“

des Proletariats. Und von diesem Schlüssel aus betrachtet, verdienen die Wahlen vom Sonntag die ganz besondere Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat, wie nach der Spaltung nicht anders zu erwarten war, einen erheblichen Stimmenausfall erlitten. Das zu verschweigen haben wir keinen Anlaß, und nichts wäre wichtiger, als dieser Tatsache gegenüber die Augen zu verschließen. Wohin aber sind die uns verloren gegangenen Wähler abgewandert? Hat sich ihr revolutionäres Bewußtsein soweit gelockert, daß sie nunmehr den Kommunisten ihr Wohlwollen zuwandten?

Dann werden die Ergebnisse angeführt, die zeigen, daß die „revolutionären Wähler der USPD zum Teil zur Reaktion abgewandert! Damit beweist eigentlich die „Freiheit“ selbst, daß das den Kommunisten zugeschriebene „Verbrechen“ eine revolutionäre Notwendigkeit gewesen ist, denn eine revolutionäre Partei mit so starkem gegenrevolutionären Anhang, der beim ersten Luftzug wie Spreu auseinanderfliegt, muß gefäubert und eventuell zerstückelt werden, um die Revolution nicht im entscheidenden Augenblick zu gefährden.

Stamper schreibt im „Vorwärts“ einen Artikel „Einigkeit“, in dem auch er sich mit der „Roten Fahne“ auseinandersetzt und dabei natürlich sehr aufgeblasen sich gebärdet. Dann wendet er sich aber teilnehmend an die Leidtragenden der angeblich von der USPD auf Befehl Noske's vollzogenen „Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse“ und fragt mit Recht:

„Was trennt heute noch SPD. und USPD.“

Die Antwort lautet:

„Vor allem die Erinnerung an vergangenen Streit, die mit der Zeit verblaßt. Grundlegend ist die USPD gegen den Kommunismus in dieselbe Linie eingeschwenkt, die die SPD. von vornherein eingenommen und gehalten hat. Sie bekämpft sich noch programmatisch zur Diktatur, sucht aber ein Kompromiß mit der Demokratie. Dieses ist in Österreich und anderwärts gefunden worden in der Art, daß man sagt, die Arbeiterklasse könne zwar durch das demokratische Mehrheitsprinzip zur Herrschaft kommen, müsse aber dann stets mit der Möglichkeit gewalttätiger Minderheitsbewegungen rechnen, die mit diktatorischer Gewalt niedergehalten werden müßten, und dies sei dann die „Diktatur des Proletariats“. Praktisch gesprochen: Wenn SPD. und USPD. oder vielleicht eine vereinigte Sozialdemokratie der Zukunft bei den Wahlen die Mehrheit bekommt und die Regierung bildet, und wenn dann die Orgeßch oder sonst eine konterrevolutionäre Stoßtruppe die Regierung zu stürzen versucht, dann soll man mit der Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung nicht sparen sein. Wenn dies die „Diktatur des Proletariats“ ist, dann sind wir auch für sie, und alle Erhebung über dieses Thema entspringt nur einem Mißverständnis.“

Dann redet Herr Stamper der USPD. warm zu, um doch auch ihres Widerstand gegen die „Zusammenregierung mit Bürgerlichen“ aufzugeben, damit bald wieder „Einigkeit“ herrsche.

An anderer Stelle sagt der „Vorwärts“, nachdem er die Scripsies und Hilfschlinge verhöhnt, daß die Schreier, die sich noch im Jam rühmen, die stärkste Partei Deutschlands zu werden, recht ruhig und stesant geworden seien:

„Die Sozialdemokratische Partei wächst wieder! Trotz der geradezu wahnwitzigen Angriffe von rechts und links! Trotzdem sie in Preußen bis zuletzt die Verantwortungslast einer Regierungspartei zu tragen hatte! Soweit wir sehen, wird hier im neuen Deutschland zum erstmaligen die Regel durchbrochen, daß eine Partei, die an der Regierung teilnimmt, stagnieren oder verlieren muß. Es wäre ein Wunder, wenn es nicht eben nur natürlich wäre: Die Sozialdemokratische Partei ist unabweislich und kerngesund!“

Man kann dem „Vorwärts“ nachsagen, daß das Wahlergebnis wie eine Erlösung aus schwerem Druß auf ihn wirkte und man merkt ihm an, wie er neue Hoffnungen zu werden versucht. Lassen wir ihm das Vergnügen. — Sie mögen sich gegenseitig trösten, sie mögen sich aneinander auch in den Armen liegen und sich auch an die bürgerlichen Parteien zur Regierungsbildung wieder anschließen, das revolutionäre Proletariat wird aber von der USPD. getrennt, egyptert und auch zum Kampf aufgerufen werden, wenn es die Revolution erfordert.

## Politische Uebersicht.

### Die Einheitsfront der Menschewisten.

Der „Vorwärts“ macht sich in seinem heutigen Beitrag dazu, aus dem preussischen Wahlergebnis die sich für seine Selbsterhaltung ergebende politische Konsequenz zu ziehen: die Erklärungen der menschenwärtigen Einheitsfront. Er stellt die Frage auf, was denn eigentlich die SPD. noch von der USPD. trennt und beantwortet sie gleich damit, daß zwischen beiden eigentlich nur noch der frühere Streit liegt. Die Frage, ob Demokratie oder proletarische Diktatur ist nach Ansicht des „Vorwärts“ längst nicht mehr aktuell (?) und wäre im Grunde genommen nichts weiter als theoretische Fiktion. (?) Auch dieser wunderbaren Feststellung, die bezeichnend ist für die spießbürgerliche Beschränktheit des „Vorwärts“, macht er der Nachbarin „Freiheit“ eine hübsche Liebeserklärung. Er sagt ihr, daß sie sich doch gar nicht allzu sehr anzustrengen brauche. So wie sie bisher die preussische Regierungskoalition unterstützt habe, so wie sie in anderer Hinsicht bereits Hand in Hand arbeiten (Sonderparteien), so könne man sich auch in Zukunft gängig zusammenfinden. Sollten die Unabhängigen sich aus politischen Gründen nicht gleich zum Bekenntnis für die bürgerliche Demokratie entschließen können, so wäre dies auch weiter kein Hindernisgrund, man müßte dann eben gemeinsam versuchen, für den Begriff der Diktatur eine besondere Modifikation zu finden, durch

welche die beidenseitigen Aufstellungen in ihren Grundzügen unangetastet bleiben und findet hierfür folgende Formulierung:

„daß man sagt, die Arbeiterklasse könne zwar durch das demokratische Mehrheitsprinzip zur Herrschaft kommen, müsse aber dann stets mit der Möglichkeit gewalttätiger Minderheitsbewegungen rechnen, die mit diktatorischer Gewalt niedergehalten werden müßten, und dies sei dann die „Diktatur des Proletariats“.“

Der „Vorwärts“ macht also der „Freiheit“ den Vorschlag, gemeinsam unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie eine Diktatur à la Noske gegen die Arbeiter auszurichten.

Um auch nicht mißverstanden zu werden, unterstreicht er dieses Angebot noch mit zynischer Offenheit, indem er schreibt:

„Wir wünschen die Demokratie in der Arbeiterbewegung, aber wenn uns die Diktatur aufgezwungen wird, dann ist uns die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit immer noch lieber als die Diktatur der Minderheit über die Mehrheit.“

Zu diesem Bekenntnis einer edlen demokratischen Seele mag sich nun die Partei der Unabhängigen äußern. Sie wird natürlich versuchen, ein wenig die Ströbe zu spielen. Doch — es wird ihr wenig helfen. Sie ist zusammengebrochen an ihrer eigenen Zweispieltätigkeit, ist dem politischen Tode verfallen, sie geht als proletarische Partei ihrer Auflösung entgegen und zwar auf dem Wege, den der „Vorwärts“ ihr weist.

Die Anfänge dessen, was sich hier vollzieht, sind nicht neuen Datums, sie waren bereits wahrzunehmen an der Wiege der Unabhängigen Partei. Eine gerade Linie führt

### An unsere Postabonnenten!

Damit in der Lieferung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ keine Unterbrechung eintritt, muß diese für Monat März sofort bestellt werden.

Verlag der „Schles. Arb.-Ztg.“

von der Regierungskoalition der Haase-Scheidemann über die Märzereignisse und dem Märzparteitag des Jahres 1919 hinweg bis zum entscheidenden Wendepunkt: dem Rapp-Rußch, und schließlich zur jetzigen Koalition in den Gewerkschaften und der heute vom „Vorwärts“ angekündigten offiziellen Vereinigung.

Zwischen diesen Ereignissen liegt als eine einzige Unterbrechung der Leipziger Parteitag. Doch jene Elemente, die auf ihm sich bewußt zum revolutionären Bekenntnis durchdrangen, gehören heute der Partei der Kommunisten an. Jene, die damals mit diesem Bekenntnis bereits unzufrieden waren oder sich fügten aus Rechnungsstrategie und Herdennum, sie sind lediglich der Unabhängigen Partei verblieben.

Der „Vorwärts“ hat recht, wenn er schreibt, daß zwischen USPD. und SPD. nur noch der frühere Streit liegt. Es war der Streit um die Kriegspolitik, es waren pazifistische Gründe, die die Trennung veranlaßten. Und diese selben pazifistischen Gründe sind es, die jetzt wieder zur Vereinigung führen — jetzt, wo der Bürgerkrieg naht.

### Die neue preussische Regierung.

Die Sozialistische Korrespondenz erblickt in dem Ausfall der Preußenwahl ein Vertrauensvotum für die bisherige Koalitionsregierung. Für die Sozialdemokratie bestehe kein Grund, nach der Möglichkeit einer andern Mehrheitsbildung zu suchen. Zentrum und Demokraten genügen ihr. Der Deutschen Volkspartei wird indessen verblümt angedeutet, daß sie kommen könne, wenn sie sich unweidentlich zur Republik bekeme. Ja, sogar der Deutschnationalen macht die Sozialistische Korrespondenz die Hintertüre zum Einschlüpfen auf, wenn sie schreibt:

„Natürlich läßt sich heute noch nicht voraussagen, welche zwingenden Notwendigkeiten auch für Brünger sich etwa aus der Londoner Konferenz ergeben können; weiß doch noch kein Mensch, ob die gegenwärtige Reichsregierung noch im Amt ist, wenn am 14. März der preussische Landtag den neuen Ministerpräsidenten wählt.“

Na, also! Wenn sich die „zwingenden Notwendigkeiten“ ergeben, treten die Rechtssozialisten auch in die nationale Einheitsfront von Herzog bis Scheidemann ein.

### Sächsische Finanzsorgen.

Aus Dresden wird gemeldet: „Die Übernahme der persönlichen Schalllasten auf den Staat in Sachsen wird Mehrausgaben von etwa 333 Millionen Mark jährlich verursachen. Infolgedessen wird eine Vertiefung des Arcells der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer in Erwägung gezogen werden. Auch sonst stehen dem sächsischen Staat neue große Aufgaben bevor, so durch die geplante Verstaatlichung der Polizei und durch die teilweise Erhöhung der Gewerbesteuerunterstützung. Auf der anderen Seite werden die Einnahmen und Überschüsse immer geringer. Sachsen beansprucht aus Reichseinkommensteuern und Körperschaftsteuern mindestens eine Milliarde Mark, aber darüber hinaus muß die Gewerbesteuer noch reformiert und eine Gewerbesteuer neu eingeführt werden. Eine durchgreifende Sanierung ist aber davon keineswegs zu erwarten, denn ein erheblicher Teil dieser Steuern wird in die Taschen der Gemeinden fließen.“

Samenst hat Kampf.

### Eisner's Hohn.

Auf einer Kundgebung der Allgäuer Gewerkschaften gegen die Entwaffnung, zu der Ministerpräsident Rahr ein Begrüßungsprogramm gemacht hatte, führte der Orgeßch-Landeskommandant Eisner, nachdem er Rahr des bayerischen Ministerpräsidenten überbracht hatte, aus, daß die Gewerkschaften Hunderttausende entschlossener Männer anführe, die

nicht gewillt seien, sich unterkriegen zu lassen. Er bitte, volles Vertrauen zu ihm zu haben. Me und immer weiche er der bloßen Gewalt, oder aber die Wehrlose entzögen ihm das Vertrauen. (Zurufe: „Niemals!“) Er verlange, daß sich die Einwohnerwehren noch fester um ihn scharen in den schweren Stunden, die noch kommen können. Die Einwohnerwehre sei eine Staatsnotwendigkeit, eine Einrichtung der Notwehr, und niemand auf der ganzen Welt könne sie aus verbieten. Diese Einrichtung brauchen wir, solange der Staat allein nicht in der Lage ist, Ruhe, Freiheit und Ordnung zu schaffen. Der Redner stellte vier Zeitgeanken auf: 1. Sicherung der Verfassung, 2. Erhaltung des Deutschen Reiches unter Ablehnung angeblicher Abwehrungsbestrebungen, 3. Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, 4. Abwehr jedes Rechts- oder Linksputsches.

Daß dieser Häuberhauptmann seinen offenen Drohungen der Gewaltanwendung gegen den Staat immer noch die Verhöhnungsspielen „Schutz der Verfassung“ und „Ablehnung der Reichspaltung“ hinzufügt, hätte er als wahrer Herr Deutschlands gar nicht mehr nötig. Es geschieht offenbar nur aus „politischen“ Gründen.

### Wie Severing die Orgeßch tötet.

Severing ist seine Kühnheit gegen den Orgeßchschwörer. Reichsdarf lächelt bekommen. Nun sucht er sich von der Orgeßch zu rehabilitieren, indem er ihr einen Parteigenossen zum Opfer bringt, den Landrat Schütz in Waldenburg. Dieser hatte der sozialdemokratischen „Bergwacht“ Material über Orgeßchkräftungen zum Abdruck übermittelt. Da das Bericht die völlige Unschuld der Waldenburgischen Orgeßch für erwiesen hält, muß die Schuld des verbrecherischen sozialdemokratischen Landrats natürlich geführt werden. Severing ist konsequent, er duldet nur Spieß gegen rote Armeen, die nicht existieren, Randschaffer gegen die Orgeßch, die wirklich existiert, duldet er nicht, selbst dann, wenn es Parteigenossen sind. Wir überlassen es den sozialdemokratischen Arbeitern, sich über die Berechtigung des Mannes, der ihnen seinen Regierungsposten verdankt, nach Herzenslust zu freuen. Sie haben ihren Severing verdient.

### Die Konferenz der Ernährungsminister.

München, 21. Februar. Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, beschäftigte sich der bayerische Ministerrat gestern mit der bevorstehenden Konferenz der Ernährungsminister in München. Landwirtschaftsminister Duxhofer berichtete eingehend über die der Konferenz vorliegenden Fragen. Das Staatsministerium war einmütig der Ansicht, daß jetzt bei Abwägung aller Verhältnisse die Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht möglich ist, es sei denn, daß das Einfuhrprogramm der Reichsgetreidestelle restlos erfüllt und dadurch so viel ausländisches Getreide ins Land gebracht werden könne, daß man ab 15. August ohne Bedenken zur freien Wirtschaft übergehen könne. Einzelne als besonders lästig empfundene entbehrlich gewordenen Maßnahmen der Zwangswirtschaft sollten aufgehoben werden. Eine Verteuerung des Brotpreises jedoch wäre für die breiten Volksmassen unerträglich.

Das heißt trotz der vorsichtigen Formulierung, daß mit dem Abbau der Zwangswirtschaft sofort begonnen und die völlige Aufhebung auch nicht lange auf sich warten lassen wird, — wenn sich das Proletariat die agrarische Unerschämtheit weiter ruhig gefallen läßt. Die Unerschämtheit einer Verteuerung von Nahrungsmitteln hat noch nie einen Agrarier gerührt.

### Deutschvolksparteilich-rechtssozialistische Koalitionsregierung in Lippe.

Wolffs Büro meldet aus Detmold: „Die Bildung der neuen Regierung in Lippe ist heute erfolgt. Das neue Landespräsidium wird gebildet von Deutscher Volkspartei (Fabrikant Richard Müller-Deulinghausen), Demokraten (Professor Dr. Neumann-Hofer) und Rechtssozialisten (Drake). Damit ist zum ersten Male in Deutschland eine Koalition zwischen Volkspartei und Rechtssozialisten zustande gekommen. Die So. a. Demokraten verlassen eine längere Erklärung, in der es heißt, daß sie vor allem auch in Anbetracht der schweren Zeit bereit wären, an der Neubildung der Regierung teilzunehmen und die Verantwortung für eine produktive Arbeit am Volkswohl mitzutragen.“

In Frankfurt a. M. hat tags zuvor Dr. Helfferich erklärt, daß die Deutschnationale Partei bereit sei, auch mit den Rechtssozialisten in eine Regierung einzutreten, wenn diese in London fest bleiben würden. Die Lippsche Koalition wäre also ein kleines Vorbild. — Uebrigens stimmt es nicht, daß in Lippe zum ersten Male eine Koalition zwischen Rechtssozialisten und Rechtsparteien zustande gekommen sei. Braun-schweig hatte unter dem rechtssozialistischen Ministerpräsidenten Dr. Jasper eine ähnliche Koalitionsregierung. Neben dem rechtssozialistischen und demokratischen Ministern sah auch ein deutschnationaler Minister in der Regierung. Er gehörte zu dem sogenannten Landeswahlverband, wie sich die Deutschnationalen in Braunschweig nennen.

### Aus der Partei.

#### Das „Ruhr-Echo“ siebenmal angeklagt.

Die Essener Staatsanwaltschaft hat in der Verfolgung der kommunistischen Presse sicher den Nagel abgeschossen. Es ist ihr gelungen, in der Zeit vom 27. Dezember 1920 bis zum 25. Januar 1921 nicht weniger als sieben Anklagen gegen das kommunistische „Ruhr-Echo“ zu konstruieren. Sämtliche „Verbrechen“ sind mit Hilfe des § 130 des wehrmännischen Strafgesetzbuches festgestellt worden. Unter den beanstandeten Artikeln befindet sich ein Offenes Schreiben der Zentrale, das anlässlich des Gedentages vom 15. Januar durch die gesamte Parteipresse ging. Auch ein Manifest des

3. Kongress der kommunistischen deutschen Jugend muß herhalten. Ganz abgesehen von den Artikeln, die sich mit den Treibereien der Orgesch und der deutschen Klassenjustiz befassen. In der Begründung der Anklageschrift heißt es u. a. „daß durch die bewußte Gegenüberstellung von Bourgeoisie und Arbeiterschaft der öffentliche Friede gefährdet und verschiedene Klassen der Bevölkerung verhetzt werden.“

Wir glauben schon, daß es dem Staatsanwalt des deutschen Klassengerichts lieber wäre, die Arbeiterschaft bliebe sich ihrer Klassenlage ewig unbewußt. Wir können aber nicht umhin, gerade dem Essener Staatsanwalt den Vorwurf zu machen, daß er alles tut, um die Arbeiterschaft aufzuwachen und ihre menschliche Sonderstellung bewußt zu machen.

In Essen der Staatsanwalt, in Breslau der Polizeipräsident bemühen sich mit einem Eifer, der bei der Verfolgung der Kappverbrecher, der Arbeiter-Mörder nicht vorhanden ist, der kommunistischen Presse eins zu brechen. Der beste Anschauungsunterricht, daß Justiz und Polizei die Ineressentretter der arbeitervordenen Bourgeoisie sind.

## Ausland.

### Die Konferenz in London

Es ist also jetzt zustande bringen, was allen bisherigen Zusammenkünften der Entente-Mächte mißglückt und mißgünstig mußte. Sie steht, wie das bei diesen Konferenzen schon so oft, noch unter dem Zeichen einer besonders dringlichen Lebensrettungsaktion des Weltfriedens. Diesmal stinkt es im nahen Orient ganz beunruhigend. Der Vertrag von Sevres ist nach den Niederlagen der griechischen Basallen-Truppen in Kleinasien erledigt und muß „revidiert“ werden. Wie bedeutend man die Macht der Kemalisten einschätzt, besonders in England, zeigt die Eile, mit der man nun plötzlich im letzten Augenblick sogar ganz offen den Frontwechsel gegen die türkischen Rebellen unternommen hat. Schon auf der Pariser Konferenz war die Schwermut zu bemerken, man versuchte sie aber noch zu verhüllen und erklärte diplomatisch indirekt, man würde nichts dagegen haben, wenn außer der richtigen türkischen Regierung aus Konstantinopel auch Kemalisten nach London kämen. Die letzten Ereignisse in Kleinasien haben so beunruhigend gewirkt, daß man diese Besche ganz fallen gelassen hat, und daß Lord Curzon noch rasch der Delegation der Kemalisten eine sehr entgegenkommende freundliche Einladung übersandte, damit sie nur ja nicht etwa unterwegs umkehren möge. Vorausgegangen war dieser offenen Kapitulation die Warnung, daß die Nationalversammlung von Angora die Unabhängigkeit Anatoliens verkündet habe und jedenfalls die sichere Erkenntnis von einer zu erwartenden intransigenten Haltung der türkischen Nationalregierung in Angora. Das Telegramm Kemal an den Großwesir erklärte ganz entschieden, in London könne ein Ergebnis nur erzielt werden, wenn die türkische Delegation durch die Nationalversammlung von Angora bestimmt sei. Die türkische Regierung in Konstantinopel könne Berater für diese Delegation bestimmen, die Aufklärungen und Belege zur Verteidigung der Rechte und der Forderungen des türkischen Volkes beibringen können, aber nicht mehr. Im Falle der Weigerung der türkischen Regierung, sich dieser Auffassung zu unterwerfen, werde die Nationalversammlung in Angora in voller Freiheit handeln, und die Verantwortlichkeit für diese Weigerung werde von der Regierung von Konstantinopel getragen werden müssen. Diese Haltung hat sich bis jetzt noch nicht verändert. Wolff meldet aus Paris vom 21. Februar, daß der Führer der türkischen Delegation aus Angora, Bekir Sami Bey, einem Vertreter des „Matin“ bei der Durchreise durch Paris folgendes erklärt habe, seine Delegation sei die einzige, die vom türkischen Volke ein Mandat erhalten habe. Diese Tatsache regelt das Verhalten gegen die türkischen Abgeordneten aus Konstantinopel. Diese seien für sie Landsleute, deren Patriotismus man anerkenne, die aber weder ein Mandat noch eine Autorität hätten. Die Delegation aus Angora könne mit ihnen private Unterredungen pflegen, ihnen auch Ratschläge geben, aber von einer sofortigen Zusammenarbeit könne nicht die Rede sein. Die Delegation aus Angora begreife sich nach London, um vor den Großmächten das Recht auf Leben zu verlangen. Das türkische Volk sei friedlich. Es wolle alles tun, um sein Recht auf Leben zu verwirklichen. Uebrigens sei das türkische Volk ja noch nicht tot. Der Widerstand gegen die letzte griechische Offensive bewiese das. England, dessen Interessen im nahen Orient unmittelbar gefährdet werden durch Gegner, die verständlich man sich nicht mit ihnen, den Anstoß an die Sowjetrepublik im Osten suchen müssen und bisher auch gefunden haben, sieht nun keinen anderen Ausweg, da man vor allem nicht mehr hoffen kann, die Kemalisten rasch entscheidend zu schlagen, als das zu tun, was der britische Imperialismus immer in gefährlichen Augenblicken zu tun verstanden hat: nicht zu schmollen, sondern mit dem gefährlichen Gegner zu verhandeln, soweit es nur überhaupt geht. Wie man aus Londoner Meldungen entnehmen kann, wird in diesem Fall hauptsächlich von Seiten der englischen Militärs ein harter Druck auf die Regierung ausgeübt, während das Außenamt wenigstens noch die Besche beibehält, der Vertrag von Sevres müsse unter allen Umständen eingehalten werden. Man wird jetzt jedenfalls versuchen, zunächst auf Kosten der anderen Interessenten, vor allem Griechenlands, den Kemalisten entgegenzukommen, und man wird vor allem alles aufwenden, um die türkische Nationalvertretung von den revolutionären Sowjetrepubliken, besonders aber von Moskau, zu isolieren. Die Lage in Athen wird von Tag zu Tag kritischer, da kann es schon nicht schaden, wenn man einen, und zwar nicht den härtesten Gegner durch Bestechungsversuche zu kaufen sucht. In der Tat ist eine solche Methode nicht ganz aussichtslos. Der türkische Delegationsführer in Paris erklärte u. a. auch: „die Türkei sei niemals bolschewistisch gewesen und werde es auch niemals sein. Sie gab den ganzen Westen gegen sich, deshalb habe sie auch nicht noch

mit ihrem Nachbarn im Orient brechen wollen. Das sei die einzige gemeinsame Aktion, die die Türken mit den Sowjets verbinde.“ Wenn dem auch nicht ganz so ist, so wird der Westen jedenfalls eifrig seine Bereitschaft zeigen, den verlorenen Sohn wieder aufzunehmen, wenn er sich nur aus der Gesellschaft der stillosen Barbaren freimachen vermag. Bismarck als der Unfall einiger Abenteuerer und Führer, die einem Augenblick Verwirrung anrichten können, kann aber der Erfolg nicht sein, weil die Grundlagen des kleinasiatischen Aufstandes nicht in der Rebellion von Führern, sondern in der historischen notwendigen Empörung der unterdrückten Bauernmassen gelegen sind.

### Dublin von englischen Truppen besetzt.

(Eil.) London, 19. Februar. Eine Abteilung von mehreren hundert Soldaten in Kriegsuniform hat in den ersten Morgenstunden Dublin besetzt. Schützen sind rings um die Stadt gestellt worden. Drahtverhau wurden hergestellt und der Aus- und Eingang unterzagt. Die Truppen verfügen über mehrere Panzerautos.

## Gewerkschaftliches.

### Unwissenheit oder Verleumdung?

Mit dieser Ueberschrift geht durch die unabhängige Presse eine Notiz, die sich gegen unsere Mitteilung richtet, daß das internationale Arbeitsamt in diesem Jahre 7 Millionen Goldfrank von den Kapitalisten erhält. Da die Unabhängigen die Tatsache bezweifeln, wollen wir nochmals betonen, daß die Mitteilung der Nr. 3 des Korrespondenzblattes entnommen ist. Die notwendigen Schlussfolgerungen mußten wir natürlich selbst ziehen. Dagegen wendet sich die unabhängige Presse, unter Führung der „Freiheit“, mit folgenden Worten:

„Was hat dieses Büro mit der Gewerkschafts-Internationale zu tun, das von den Landesverbänden erhalten wird, die dem Sekretariat angeschlossen sind? Mit diesem

### Die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale will den kapitalistischen Aufbau! Proletarier was wollt Ihr?

dreifachen Schwindel will man auf die Unwissenheit ipelulieren und vorläuschen, als wäre die gewerkschaftliche Internationale mit sich in Amsterdam eine von Ententegebern ausgehaltene Organisation. Daß man solche infame Schwindeleien erst noch zurückweisen muß, in ein Beweis für den Tiefstand kommunistischer Blätter.“

Schan, schan! Die moralisch diese Biederer sein können. Das Internationale Arbeitsamt hat mit der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale nichts zu tun. Wer es anders behauptet, erlaubt sich einen dreifachen „Schwindel“, eine „Spekulation auf die Unwissenheit“. Wir wollen den begriffstutzigen Unabhängigen die Antwort nochmals vorsetzen, die wir einem anderen Vertreter Amsterdams am 17. Februar gegeben haben:

„Es dürfte auch den Unabhängigen nicht ganz unbekannt sein, daß prominente Vertreter der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale im Arbeitsamt des Völkerbundes Sitz und Stimme haben, und daß sie dort eifrig bemüht sind, ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik im internationalen Maßstabe zu verwirklichen. Tatsache ist, daß die Passivität der Gewerkschaftsvorstände und der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale in allen Klassenkämpferischen Aktionen des Proletariats Mißbilligung und Unterstützung des zur Offensive übergehenden Kapitals ist. Diese enge Koalierung der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale mit dem Internationalen Arbeitsamt, die also nicht nur darin zum Ausdruck kommt, daß Amsterdamer Führer im Internationalen Arbeitsamt sitzen, sondern, daß die ganze Politik Amsterdams die Politik des Völkerbundes ist, nämlich kapitalistischer Wiederaufbau, kann nur als gelbe Gewerkschaftspolitik bezeichnet werden.“

### Der Streik in den Levertuser Farbenfabriken dauert fort!

Auf Veranlassung des Wiesdorfer Bürgermeisters Dr. Lang hat eine geheime Abstimmung der ausländigen Arbeiter der Levertuser Farbenfabriken stattgefunden. 918 erklärten sich für, 342 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. Nachdem schon die Gewerkschaftsbürokratie und im trauten Verein mit ihr die rechtssozialistische Presse den Streik abzumürksen versucht hatten, war der Herr Bürgermeister angeblich im Interesse der Gemeinde mit der Fabrikleitung in Verbindung getreten und hatte am 12. Februar mittels Anschlag mitteilen lassen, daß die Direktion die Fabrik wieder geöffnet habe. Er forderte alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich zum Arbeitsamt zu melden. Die Streikleitung antwortete dem Herrn Bürgermeister in einem geharnischten Brief, in dem sie ihm nachwies, daß mit den Streikenden noch keine Verhandlung stattgefunden und auch der angesehene Zentrallichtungsausschuß der chemischen Industrie noch nicht entschieden habe. Die Streikleitung forderte vom Bürgermeister bis zum 15. Februar die Erklärung, ob und in welcher Weise die Fabrikleitung zu Unterhandlungen bereit sei. Es erfolgte keine Antwort, dafür aber ordnete der Bürgermeister die geheime Abstimmung an. Das obige Ergebnis ist für ihn eine ebenso deutliche Antwort, wie der Gewerkschaftsbürokratie und der „Rheinischen Zeitung“ in Köln eine klärende Ohrfeige. — Der Kampf geht um die Aufrechterhaltung des 8-Stundentages und die Verweigerung ständiger Überstunden. Er dauert nun schon vier Wochen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Streikenden keine Streikunterstützung bekommen, weil ihr Streik nicht die Genehmigung durch die Gewerkschaftsbürokratie fand.

### Die Leuna-Arbeiterschaft solidarisch mit den Levertuser Kämpfern.

21000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Leuna-Werke, Merseburg, nahmen in einer Versammlung unter freiem Himmel Stellung zu dem heldenhaften Kampf der Levertuser Arbeiterschaft. Eine einstimmig angenommene Resolution besagt, daß die Verfügung der Direktion, die erlassen wurde, ohne das Schlichtungsverfahren abzuwarten, durch das Verbot des Absterns der Ueberstunden praktisch eine Aufhebung des Achtstundentages bedeutet. Der Reichsarbeitsminister wird aufgefordert, umgehend Vertreter der Streikleitung und des Fabrikarbeiterverbandes Wiesdorf, sowie Vertreter des Leuna-Betriebsrates zu einer eingehenden Aussprache einzuladen, die den Zweck haben soll, die gegenwärtige Anordnung der Direktion aufzuheben. Am Schluß dieser imposanten Versammlung wurde ein Appell an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands gerichtet, schnell und reichlich für die Levertuser Kämpfer, die von ihren Gewerkschaftsmitgliedern im Stich gelassen sind, zu sammeln.

### Die Ausnahmegerichte Eberts gegen Kommunisten.

#### Die Orgesch auf der Bank der Angeklagten.

In Kassel vor dem Außerordentlichen Gericht hat sich ein Examenwechsel vollzogen. Körperlich sitzen sieben Kommunisten auf der Bank der Angeklagten. Die sogenannte „rote Armee“ muß die Aktion der Staatsanwaltschaft beden, die sich in Wirklichkeit gegen die SPD richtet.

Die „rote Armee“ ist das Kernstück der SPD. In ihres Zieles, des gewalttätigen Umsturzes vornehmstes Mittel. Die Ungefehltheit der „Roten Armee“ bedeutet: Die SPD verstoßt gegen die Verfassung! Das hat das Gericht zu beachten!

So steht es in der Anklageschrift, so deklarieren der Staatsanwalt Dr. Meyer nach eigener Erklärung, von Bestimmung deutchnational und monarchisch, seines Strebens eigentliches Ziel.

Schon hat sich bemerkt, was einer der Verteidiger, Dr. Wolf, dem Dr. Meyer sofort als Antwort zurief: Sie werden der Geschlagene, Siegerin in diesem Saale wird die kommunistische Partei sein! Hinter den 7 Kommunisten steht die Orgesch als wirkliche Angeklagte, neben ihr der Staatsanwalt. Gleich bei Beginn der Verhandlungen machte er einen Stolper. In erhabener Objektivität erklärte er, die Angeklagten sind strafwürdig, weil sie eine ungefehlliche Handlung — Bildung einer „Roten Armee“ — vorbereiten wollten. Jungdeutschlandbund, warf der Verteidiger ein, Sie stehen ihm nahe, warum paden Sie hier nicht zu? — Der Bund ist harmlos, singt patriotische Lieder, hängt Kaiserbilder auf, antwortet der harmlose Staatsanwalt. Der Bund ist als ungefehllich verboten worden. Er änderte seine Statuten, wurde dann genehmigt. In dem Zulassungsschreiben wird seine frühere Ungefehllichkeit ausdrücklich bestätigt. Trotzdem, der Staatsanwalt findet keinen Anlaß, gegen seine Bestimmungsfreunde die berühmte „Objektivität“ spielen zu lassen. Die Freunde sitzen ihm wohl so nahe, daß er sie nicht sehen kann. Er sah auch nicht, daß nur die Statuten, nicht die Tätigkeit des Jungdeutschlandbundes umgestellt worden waren. Aber der Herr Dr. Meyer war so liebenswürdig, der Verteidigung selbst den Beweis zu liefern, daß er Kenntnis hat vom ungefehllichen Treiben des Bundes, der Orgesch und einer Reihe prominenter Persönlichkeiten. Dem Gericht hatte er zu den Protokollen etwas Material zugefügt — zur Kenntnisnahme. Die Verteidigung reklamirte es als Nebenakten, die verlesen werden mußten. Der Staatsanwalt protestierte. Er hatte gute Gründe zu dem Protokoll. Prozessuale Bestimmungen verhindern ein Entschäpfen.

So kamen erbauliche Dinge aus Tageslicht. Das Material enthält sehr interessante Mitteilungen über das Bestehen verfechter militärischer Formationen, über ein Zusammenarbeiten der bayerischen Orgesch mit der in Norddeutschland und mit dem Jungdeutschlandbund des Dr. Meyer. Man rüflet zu einem Kriege gegen Frankreich. Mit Waffen ist man reichlich versehen. Ein Verfahren spielt hinein. Kriminalkommissar Kesserung erhält Anzeige: Bestenfalls Gehirte errichtet Verbehüros, Soldaten aller Waffengattungen werden angenommen. Im Sennelager werden die Formationen zusammengestellt, dann auf Güter gebracht als Landarbeiter. Sie stehen zum Losschlagen bereit. In vier bis sechs Wochen kann der Krieg gegen Frankreich beginnen. Erhardt- und Hochbachtuppen sind neu gebildet. — Unseer Korps, so auch Korps „Kotehr“, segeln unter der felfchen Flagge „Wirtschaftliche Vereinigung“. Wir haben Geld in Fülle, so erzählte Gehirte dem Kommissar.

Als Anzeige erfolgt war, mußte die objektive Behörde natürlich ein Verfahren einleiten. Man läßt den Beschuldigten verhaften, vor ein Außerordentliches Gericht stellen, einen großen Ermittlungsapparat in Bewegung setzen?

Nichts von alledem. Der Orgeschmann ist doch kein Proletarier, kein Kommunist. Er ist doch Patriot, ein Orgeschmann! Man läßt ihn von einem Beamten vernehmen, nur ihn allein, nicht einmal den Anzeiger. Der Beschuldigte erzählt, Patrioten erfrenen ich mit beratigen Erzählungen, unsere Korps verfolgen nur wirtschaftliche Zwecke. — Und dazu brauchte man Waffen? — Das Verfahren ist erledigt. Gläubig erzählt Dr. Meyer dem Gericht, die Korps sind Vereinigungen zu wirtschaftlichen Zwecken. — Man kümmeret sich nicht darum. Um so größere Energie kann die objektive Behörde gegen Proletarier entfalten.

Die Rechnung hat nur ein Loch. Die Verteidigung beantragt Beweiserhebung über das gesamte Material, sie fordert Maßnahmen gegen den Staatsanwalt, der in so eigenartiger Weise seine Objektivität betundet. Er hat Kenntnis von der noch bestehenden Verbindung zwischen

seiner Bande und den Bayern, wie mit der gesamten bewaffneten Ortschaft. Er weiß, was geplant, was vorbereitet wird. Krieg gegen Frankreich! Rutsch unter der Firma: Wider die Kommunisten. Die „Rote Armee“ beschließt ihn so sehr, daß er sich um die Ortschaftsbelanglosigkeiten nicht kümmern kann.

Das Material verrät weiter das Bestehen eines gemeinsamen Aufmarschplanes der Reichswehr und Ortschaft gegen Frankreich. Die Verteidigung stellt dazu noch unter Beweis, daß ein solcher Plan aus dem bei dem Angeklagten Klingmüller beschlagnahmten Material gestohlen worden ist und daß die Prozeduren um Verheirathung und andere Dokumente erleichtert worden sind. Fürwahr, der Prozeß zeigt allerhand Seltsamkeiten? Nein, er deckt auch ein System, ein System der Klassenjustiz in innigster Zusammenarbeit mit der bödärstigen Reaktion, mit wahrwühiger Kriegstreiberei. Die Aktion gegen die SPD. hat ihren Platz in dem System. Die Partei soll erst geschlagen — gefesselt, objektiv erdroffelt werden, dann ist freie Bahn für die Tollhühner der Deutschnationalen, der Ortschaft und der Jungdeutschlandbänder, des Herrn Staatsanwalts Dr. Meyer, der „objektiven Behörde“ im außerordentlichen Prozeß gegen die nicht bestehende „Rote Armee“.

Die Verteidigung fordert durch entsprechende Anträge Beweiserhebung über alle die angeführten Tatsachen, durch Ladung und Vernehmung der in den Schriftstücken genannten militärischen und zivilen Personen. Der Staatsanwalt will retten. Er unterstellt, daß die Angeklagten an das Befehlen der Ortschaft geglaubt. In Betracht käme nur die Straftat, kein Motiv. Die Verteidigung repliziert: Die Beweiserhebung ist nicht zu umgehen; für die Angeklagten lag Putativnotwehr vor; ihre vorbereitete Handlung zur Bildung einer Organisation ist straflos, die gedachte Organisation hatte nur einen Abwehr-, keinen Offensivcharakter.

Wird die Staatsanwaltschaft nun schleunigst die Träger bekannter Namen, den Staatsanwalt Dr. Meyer dazu, in Anklagezustand versetzen, um sie von der Jugendbank fernzuhalten? Ueber die gestellten Beweisangebote will das außerordentliche Gericht in einer besonderen Sitzung entscheiden. Ganz gleich, wie die Entscheidung ausfällt. Das Urteil ist schon gefällt. Einen Staat im Staate bildet die bewaffnete Ortschaft und der Jungdeutschlandbund. Verbrecherische Handlungen, die nicht verfolgt werden, sind geschehen, geschehen noch.

Die Klassenjustiz steht am Pranger. Ein sichtbares Zeichen einer verfallenden, mit ihr zusammenbrechenden Gesellschaftsordnung. Mit ihr aufzuräumen, das ist Sache des revolutionären Proletariats.

### Aus der Provinz.

Alle Wahlstands- und Notarlisten-Sammelstellen sind sofort an das Bezirksverbandssekretariat Breslau einzuliefern und die gezeichneten Beträge auf Postchek-Konto Nr. 31 919 Willy Ziegler, Breslau oder per Postanweisung an Bernh. Gruschwitz, Breslau, Nikolaitraße 49/50 einzuliefern. Bezirksverbandsleitung Breslau. J. A.: S. Gruschwitz.

Brief- und Geldsendungen an die Partei sind nicht an den Verlag, sondern an die Bezirksverbandsleitung der SPD, Breslau I, Nikolaitraße 49/50, direkt zu senden. Geschäftsstelle der „Schief. Arbeiter-Zeitung“.

Weidenhof. In einer wenig besuchten Versammlung der SPD. konnte man ganz besondere Agitationsmethoden beobachten. Wie üblich, erging sich der Redner darin, den

Arbeitern die Illusion beizubringen, der Himmel auf Erden wärde da, wenn die Wähler am 20. Februar sozialistische Stimmen. Nur ein sozialistische Mehrheit wäre nötig, dann läge der Kapitalismus am Boden. (Zum Verweien der Sozialdemokraten ist aus dieser Mehrheit an ja nichts geworden. Red.) Die Versammlung nahm soweit einen ruhigen Verlauf, doch als sich revolutionäre Proletarier zum Wort meldeten und sagten, daß der Weg zur Befreiung des Proletariats nur über die geschlagene bürgerliche Gesellschaft gehen kann, war es mit der speibürgerlichen Geruchsamkeit aus. Man entfaltete eine rege Aktivität, aber nicht etwa gegen die Klassenfeinde, sondern gegen die Proletarier, die für den Kampf eintraten. Man wies ihnen die Tür und warf sie hinaus und — das sieht auch nur Sozialdemokraten ähnlich — man besetzte die Hinausgeworfenen mit den größten Reuearten, weil sie bei dem Hinauswurf vergessen hatten, in den „Klingelbeutel“ der SPD. ihr Scherlein zu werfen. Solches leisten die Führer der SPD., um die Massen vom Klassenbewußtsein rein zu halten und ihre Partei zu stärken.

Neunkirch. Am Freitag, den 18. Februar, fand eine öffentliche Versammlung der SPD. statt. Tags zuvor hatten es sich eine gewisse Sorte Leute vorgenommen, unsere Versammlungsanzeigen herunterzureißen, um unserer Versammlung einen schwachen Besuch zu bereiten. Noch vor Beginn der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die MS. die Versammlung sprengen wollen, was ihnen doch nicht gelang. Genosse Gutschke ging in einständiger Rede mit der Pollstille der MS. scharf ins Gericht, was die Herren der SPD. aus dem Häuschen brachte. In der Diskussion entstand ein wahrer Tumult. Es meldeten sich in der Diskussion ein halbes Duzend SPD.-Leute, brachten aber nur Märchen vor, die auf keiner Kuhhaut Platz haben. An dem ganzen Abend nahmen hauptsächlich von der SPD. Runna, Hade und die Gebrüder Mathews teil. Herrmann Mathews drohte dem Genossen Gutschke, wenn er nicht aufhöre zu sprechen, ihn vom Podium herunter zu holen. Im Schlußwort verwies Genosse Gutschke darauf, wer die Wahrheit nicht hören kann, soll die Tür von draußen zumachen und stellte einiges, was in der Diskussion geschwobert wurde, richtig. Mit der Aufforderung, sich für die kommenden Kämpfe einzustellen, schloß die Versammlung.

### Lokales.

Breslau, den 24. Februar 1921.

Sämtliche Postabonnenten Breslaus werden gebeten, umgehend ihre Adressen Nikolaitraße 48/50 abzugeben.

Wenn ein Recht zum Leben kump... Eigenartige Zustände spielen in der Pflanzenschule Herrmanns zu herrschen. Nach den vielen Zuschriften der Pflanzlinge zu schließen, schmeckt man sie in dem bekannten Katermenton an, der früher in Preussens Kirche war. Man will wohl damit den Insassen noch etwas zu Gemüte führen, daß, von der künftigen republikanischen Fassade abgesehen, alles beim Alten geblieben ist. Weil Bildung verpflichtet, tun sich in dieser Hinsicht besonders die Herren Anwalt Dr. Kavel und Dr. Straube hervor. Die saulen Waise bei vorgebrachten Beschwerden, könnten besser unterbleiben, selbst wenn es den Herren noch so geistreich vorkommt. Eine Pflanzenschule ist keine Kommerzschule, und die Insassen keine Couleurhunde.

Eine bessere Ordnung in der Küche, die Abschaffung der Prozeßwirtschaft würde den Patienten besser kommen, als die geistlosen Klößen der Metzger und des Verwaltungspersonals. Besonders schädlich ist bei einem sozialen Institut die Art, wie man die Jünglingsbedürfnisse ausbeutet. 6 Bfg. pro Monat für Federzupfen, 6 Bfg. für Besorgung der Badarbeiten sind Rekordleistungen, die selbst den feinsten Agitatoren neidisch machen können. Ueberhaupt scheinen bei dieser Anstalt alle in Betracht kommenden Behörden den Beschäftigungsmangel als Exerzitiar erörtern zu wollen. Bei diesem wohlwollenden Bestreben

schlägt man sogar über die Straße, oder besser gesagt die Wirtschaft des Rechts hinweg. Der „armen“ Stadt Breslau sind die Leuten der „Invaliden“ ein Dorn im Auge. Trotzdem das Privateigentum heilig ist, beschlagnahmt sie hand diese, um so den Finanzhaushalt auf Kosten der Verarmung der Armen zu beheben.

Für heute mögen diese Streiflichter genügen. Wenn die betreffenden Herrschaften nicht schleunigst Remedur schaffen, werden wir bei nächster Gelegenheit deutlicher werden.

Zum Streit in der Herren- und Knabenkleiderkonfektion. Eine vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband einberufene Streikversammlung tagte am Dienstag, den 22. Februar im Gewerkschaftshaus. Der Redner der Versammlung, Kollege Walter, verwies Eingangs auf die ungeheuerliche Lage, die durch die Unternehmung der Einigungsverhandlungen des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt haben. Auch sonst arbeiten Konfektionsmilliönäre mit allen Mitteln. So hat man den verwandten Arbeitgeberverband Rheydt dahingehend zu beeinflussen versucht, die Arbeiter in diesen Betrieben auszusperrten. Die Teilnehmer des Bekleidungsarbeiterverbandes werden sich dagegen wehren müssen. Steis haben sie sich im Rahmen des gegebenen einverstanden erklärt, aber jetzt ist ihre Geduld erschöpft. Die mangelhaften Tarife in der Herren- und Knabenkleiderkonfektion müssen endlich mal abgelöst werden. Die Konfektion hat fleigige Arbeitskräfte herangezogen und ist in der Lage, auch unheimlich hohe Bezahlung zu verabsolgen. Die Arbeiter durch die Konfektion abgelöst worden und unterrichtet sich von derselben nicht mehr. Die Konfektionsäre haben bei allen Verhandlungen erklärt, daß dem Verlangen der Arbeitnehmer auf Schaffung eines Reichstarifrechnung getragen werden müßte. Sie haben ihr Wort nicht gehalten und die Arbeitnehmerhaft von den Fabrikanten auf das Schwerte betrogen worden. Wenn wie die Fabrikanten sagen, die Arbeitnehmer den Streik vom Raum gebrochen haben, so wären die Verhandlungen von dem Reichsarbeitsministerium zweckdienlich gewesen, diese Angelegenheit klar zu stellen. Der Kampf muß demzufolge mit allen Mitteln weiter geführt werden. In breiten Worten richtet Kollege Walter an die Breslauer Bürger und Arbeiterchaft. Der Kampf wird geführt um eine gerechte und heilige Sache.

Erhöhung der Reisegeschwindigkeit der Straßenbahn. Es ist schon mehrfach — in diesen Tagen erst wieder in einer Sitzung der Verkehrsdeputation — über die geringe Reisegeschwindigkeit der städtischen Straßenbahn geklagt worden. Eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit selbst aus den verschiedensten Gründen sich gegenwärtig nicht ermöglichen läßt, kann eine Besserung in der gewünschten Richtung nur erzielt werden, wenn die Fahrgäste bei dem Befolgen und Verlassen der Wagen sich etwas mehr beeilen wollten. Es empfiehlt sich einerseits, die Plätze schon bei Annäherung an die Haltestellen zu verlassen und sich sobald dem Ausgange zuzuwenden, andererseits durch schnelleres Zutreten zu einer Verkürzung des Aufenthaltes an den Haltestellen beizutragen.

### Versammlungskalender.

Mitgliederversammlung. Freitag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Festsaal Sanssouci, Mehligasse. Referent: Gen. Kumerov. Thema: Unsere Werbung der Wahlergebnisse.

Districtversammlungen finden wegen der Mitgliederversammlung am Freitag abend nicht statt.

District 1 und 2. Donnerstag, den 24. Februar, abends 7 Uhr bei Protich, Krullstraße.

Bauarbeiter. Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehende Bauarbeiter, Fraktionsversammlung am Donnerstag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, in Hubertuskälen, kleiner Saal.

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Breslau. Schule Minoritenhof an der Schweidnitzer Straße. Donnerstag, abend 7 1/2 Uhr. Vortrag vom Genossen Student Frei über: „Entwicklungslage“. Gäste willkommen.

Mitglieder. Donnerstag, den 24. Februar, im Gasthof „Zum weißen Ross“, außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen eines jeden Besonderen ist Pflicht.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Annancen-Expediton: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: Ohle 18. Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert, für Inserate: Liebshwager & Meyer. Druck: Buchhandlung Böhler & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater. Samstag 7 Uhr. Aida.

Oper-Theater. Samstag 7 1/2 Uhr. Schöpfung Beethoven: Die Zauberflöte.

Oper-Theater. Samstag 7 1/2 Uhr. Konzepter Fohner.

Schauspielhaus. Opernabende. EL R. 26-68. Samstag 7 1/2 Uhr. Die kleine Hagar.

Liedlich-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr. Mondbalären.

Alt-Metalle.

Anzeigen-Kaufleute. Hier steht. Werbung nachm. von 2-6 Uhr bei Brückner, Glognitz. 2a, II. rechts.

# Reklame

G. m. b. H.

## Annoncen-Expedition

### Breslau

Museumplatz 7 \* Telefon Ohle 1591.

### Das freie Land

Kommunistischer Bauernkalender für 1921. Preis 4 Mt.

„Endlich ein Kalender, der wohnend ablesen von den üblichen Kitchkalendern. Mit Bildern, Artikeln, seinen Erzählungen und Bildern, welche die heutige Zeit treffend charakterisieren, auszeichnet. Jeder Bauer, Landarbeiter, jeder Proletarier sollte diesen Kalender besitzen.“

Kommunistische Bucherei (K. Belle) Breslau 5, Größelgasse 7.

### + Frauen

wenn Ihre monatliche Regel ausbleibt oder stockt, seien Sie ohne Sorge. Nennen Lebenssaat bringt Ihnen klar und allein nur meine neue Spezialität, Sie über all andere welche den Schwanz trägt. — Kein Schwindel, wirkt garantiert, rasch wird Frauen, alles vergilbt, welche schon verachtet hatten, schreiben übernehmende Wirkung.

Garantio für jeden Fall, sonst Geld zurück. Tollen Sie mir mit, wie lange Sie zu liegen haben. Diskretion Vorwand.

Frau E. Woltenweber, Harburg (Elbe 244) Nienburgerstr. 11.

Ich übertrage Viele Frauen Dank-trübte nicht! Viele Frauen erlangen beständigen Erfolg.

Ludwig He... Bücherplan... Gebrook-A... gut erhalten... Max Had... Brandenburger... Händlerpre... 7. März. Nikol...

Interate haben in der „Görl. Arb.-Ztg.“ größten Erfolg. Altmetalle. Inhaft. Markt 26.